



# PROTOKOLL

## Veranstaltung am 5. Oktober 2016 im Brauhaus Albstadt mit Lothar Binding MdB

*Zusammenfassung der öffentlichen Veranstaltung am 5.10.16 in Albstadt mit Lothar Binding MdB zum Thema "Durch mehr Steuergerechtigkeit zu mehr sozialer Gerechtigkeit"*

Die SPD bereitet einen Plan zum Umbau des Steuersystems in Richtung auf mehr soziale Gerechtigkeit vor. Lothar Binding legte die Grundzüge dar:

1. Auch die SPD will eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen durch eine Abflachung der Progression bei der Einkommens-/Lohnsteuer. Anders als bei der CDU soll diese Entlastung aber nicht auch den hohen Einkommen zugutekommen, sondern bei diesen aufgeschlagen werden, sodass die Steuereinnahmen insgesamt weniger sinken. Eine Entlastung der untersten Einkommen, die keine Einkommenssteuer bezahlen, wohl aber Abgaben (Sozialversicherungs-, Arbeitslosenversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträge) könnte über Zuschüsse erfolgen. Entsprechende Überlegungen werden (nur) in der SPD angestellt.
2. Die SPD will die sog. Abgeltungssteuer auf Dividenden abschaffen und stattdessen Dividenden dem Einkommen zuschlagen, damit sie so hoch besteuert werden wie Arbeitseinkommen.
3. Die SPD ist mit der neuen Regelung der Erbschaftssteuer für Unternehmenserben nicht zufrieden. Die Privilegien von Familienunternehmen bleiben weithin bestehen. Hier wäre für die Allgemeinheit mehr zu holen gewesen, wurde aber von einer starken Lobby verhindert. (Anmerkung von Lothar Binding: Die familiengeführten Unternehmen Bertelsmann und Springer besitzen 80% des Medienmarktes). Insbesondere die CSU hat sich vor den Karren der Familienunternehmen spannen lassen.
4. Das Wiederaufleben der Vermögenssteuer scheiterte bisher u.a. am Streit um die Bewertung von Unternehmensvermögen und Immobilien. Für die Unternehmen wurde mit dem Erbschaftssteuergesetz ein Schlüssel gefunden (13,75fache des Jahresgewinns; die SPD wollte 16fach). Es bleibt abzuwarten, ob sich das auf die Vermögenssteuer übertragen lässt. Auch hier ist es bisher der SPD nicht gelungen das gezielt geschürte Vorurteil vieler zu entkräften, die Vermögenssteuer würde auch den Besitz selbst genutzten Wohneigentums betreffen. Für Lothar Binding wäre die Vermögenssteuer nur sinnvoll, wenn sie zu einer Abschöpfung übergroßer Vermögen zugunsten der Allgemeinheit führt. Dazu ist die CDU/CSU nicht bereit.

(Anmerkung der Protokollanten: Auch wenn die Vermögenssteuer, weil sie nur wenige betrifft, weit weniger ein-bringt als die Einkommenssteuer oder Mehrwertsteuer hätte sie doch neben ihrem Geldwert einen großen Symbolwert für die soziale Gerechtigkeit)

5. Die Einführung der Transaktionssteuer für den Handel mit Aktien, Derivaten usw., die auch den Hochfrequenzhandel abbremsen soll, steht zwar im Koalitionsvertrag, sie ist aber ein Projekt von 11 EU-Ländern und wird von Wolfgang Schäuble nicht vorangetrieben.
6. Die Hauptaufgabe der Steuerpolitik besteht im Kampf gegen die "legale" und illegale Steuervermeidung (Steuerbetrug?!). (Anmerkung der Protokollanten: Jährlich entgehen der Allgemeinheit in Deutschland dadurch geschätzte 160 Milliarden Euro, bei einem derzeitigen Gesamtsteueraufkommen von ca. 700 Mrd. Maßgebliche Wissenschaftler sehen in der Steuervermeidung den Hauptgrund für die weltweite Vermögenskonzentration in wenigen Händen. Das reichste Prozent besitzt derzeit 48% des Vermögens in der Welt, aber es hat sich diesen Reichtum größtenteils auf Kosten der Allgemeinheit angeeignet.)

Lothar Binding spricht von einem "Hase-Igel-Spiel", weil immer wieder neue Möglichkeiten gefunden werden, die Steuerbemessungsbasis (Gewinn) zu verkleinern oder ganz verschwinden zu lassen oder sich zu niedrigeren Steuersätzen (Steueroasen) oder speziellen "Regelungen" für Konzerne (wie z.B. Luxemburg, Niederlande, Irland) zu flüchten. Doch sind Erfolge durchaus vorhanden und weitere möglich.

- Es besteht bereits die Regelung, dass bei Verschiebung der Unternehmensgewinne in sog. Steueroasen mit niedrigeren Steuersätzen die Differenz zum deutschen Steuersatz in Deutschland fällig wird (Hinzurechnungssteuer)
- Grundsätzlich sind alle Geschäftsmodelle, die nur dem Zweck dienen, Steuerzahlungen zu vermeiden für illegal erklärt. Dies betrifft unangemessene konzerninterne Verrechnungspreise für Waren und Lizenzen (Lizenzschränke), sowie Kredite eigener Finanzierungsgesellschaften (Zinsschränke), mittels derer der Konzerngewinn gegen Null verkleinert wird.
- Weitere Steuervermeidungsstrategien wie sog. hybride Unternehmensmodelle mit Briefkastenfirmen, cum-ex und cum-cum-Geschäfte, Karusselgeschäfte u.a.m. sind nicht zuletzt, weil sie grenzübergreifend stattfinden, oft für die Finanzbehörden nicht sofort zu erkennen und schwer greifbar.

Eine wesentliche politische Aufgabe sieht die SPD darin, die Finanzbehörden personell zu stärken. Dies ist aber eine Länderaufgabe. (Anmerkung der Protokollanten: NRW hat in den letzten Jahren 2,6 Milliarden Euro durch Steuernachforderungen eingenommen).

Die SPD möchte manipulationssichere Registrierkassen vorschreiben, die es in anderen Ländern bereits gibt. (Anmerkung: Der Steuerverlust durch Manipulation wird auf 10 Milliarden geschätzt.)

**Das Konzept der SPD zum sozial gerechteren Umbau des Steuersystems soll in Bälde veröffentlicht werden.**

*Klaus Fütterer und Friedrich Klein  
Balingen, den 8. Oktober 2016*